

Wiedervereinigung sofort möglich

Wenn Molotow „Ja“ sagte — Westen legt fertigen Plan vor

Berlin (Eigenmeldung) Noch nie haben sich die Westmächte so stark für die deutsche Wiedervereinigung und die 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone eingesetzt wie seit Beginn der Viererkonferenz in Berlin. In vorbildlicher Einigkeit übermühten sie Molotow und legten ihm schon in den ersten Tagen einen Plan auf den Tisch, nach dem die Wiedervereinigung in wenigen Wochen vollzogen sein könnte. Molotow hat dazu bisher „Nein“ gesagt. — Der Plan, den der britische Außenminister Eden mit Billigung Amerikas, Frankreichs und der Bundesregierung in Bonn vorlegte, ist ganz klar.

Er enthält alles, was sich die Deutschen diesseits und jenseits der Elbe wünschen: Sofort freie Wahlen in ganz Deutschland unter internationaler Kontrolle, Einberufung einer aus den Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung, Ausarbeitung der Verfassung, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die den Friedensvertrag für ganz Deutschland frei mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges aushandelt. Die gesamtdeutsche Regierung kann jedes Bündnis mit jedem Staat nach eigenem Belieben eingehen.

Der von Außenminister Eden während der Sitzung der Viermächtekonferenz am Freitag vorgelegte Deutschlandplan hat folgenden Wortlaut:

„PLAN FÜR DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG IN FREIHEIT. — Wiedervereinigungsmethode: Die deutsche Wiedervereinigung und der Abschluß eines frei verhandelten Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland sollte in den folgenden Stadien vollzogen werden:

I. Freie Wahlen in ganz Deutschland.

II. Einberufung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung.

III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Friedensverhandlungen.

IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die für die Aushandlung des Friedensvertrages zuständig ist.

V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages.

I. Freie Wahlen in ganz Deutschland

Es sollten in ganz Deutschland (einschließlich Berlins) im frühestmöglichen Zeitpunkt freie und geheime Wahlen abgehalten werden. Diese Wahlen müssen unter Bedingungen der echten Freiheit abgehalten werden. Es müssen Sicherungen zur Gewährleistung dieser Freiheit — vor, während und nach den Wahlen — vereinbart werden. Die Wahlen müssen in einer Weise überwacht werden, daß die Einhaltung dieser Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet und die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen gesichert wird.

1. Wahlvorbereitungen

a) Das Wahlgesetz: Das Wahlgesetz sollte unter Berücksichtigung der zu diesem Zweck vom Bundestag und der sowjetzonalen Volkskammer schon entworfenen Wahlgesetze von den vier Besatzungsmächten vorbereitet werden. Nach seiner Billigung sollte es in ganz Deutschland von den vier Mächten verkündet werden. Die

Wahlen sollten baldmöglichst danach stattfinden.

b) Garantien für freie Wahlen: Der Wahlgesetzentwurf muß Bestimmungen, welche die echte Freiheit der Wahlen gewährleisten, enthalten.

Hierzu gehören u. a.

Freizügigkeit innerhalb ganz Deutschlands;

Freiheit für das Vorschlagen von Kandidaten;

Freiheit vor willkürlicher Festnahme (Verhaftung) oder Schikanie (Verfolgung);

Freiheit Vereinigungen zu bilden und politische Versammlungen abzuhalten;

Freiheit der Meinungsäußerung für alle;

Presse-, Rundfunk- und Fernsichtfreiheit und ungehinderte Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften usw.;

Geheimnis der Stimmabgabe;

Sicherheit der Wahllokale und der Wahlurnen.

c) Wahlaufsicht: Die Aufsicht sollte von einer Aufsichtskommission innerhalb ganz Deutschlands ausgeführt werden. Es sollte eine Zentralstelle mit nachgeordneten Stellen auf Landes- und auf Ortsebene geben. Sämtliche Stimmen sollten in der örtlichen Stelle in Anwesenheit der Aufsichtskommission gezählt und geprüft werden.

I. Zusammensetzung der Aufsichtskommission. Die Kommission sollte aus Vertretern der vier Mächte mit oder ohne Teilnahme Neutralen bestehen.

II. Organisation der Kommission. Die Kommission sollte auf Ausschubasis arbeiten. Sie soll mit Stimmenmehrheit entscheiden.

(Fortsetzung auf S. 3)

Molotow weicht aus

Die Berliner Viererkonferenz scheint eine Konferenz der großen Reden zu sein. Bis jetzt ist es jedenfalls so, daß die vier Außenminister noch zu keinem echten Verhandeln gekommen sind. Der Hauptgrund hierfür sind fraglos die Standpunkt-Erklärungen Molotows. Mit Spannung hatte man ein sowjetisches Deutschland-Programm erwartet in der Hoffnung, daß damit auf den bereits vorliegenden und als Diskussionsgrundlage für alle Teilnehmer geeigneten Eden-Plan eingegangen würde. Weit gefehlt. Molotow ignorierte den Eden-Plan insofern, als er gar nicht auf freie Wahlen einging, sondern die alte, schon im März 1952 veröffentlichte Sowjetforderung erneut erhob: Friedensvertrag mit Deutschland!

Natürlich will jeder — und nicht zuletzt das deutsche Volk — einen Friedensvertrag. Natürlich ist es kein Zustand,

gen, aber er muß einsehen, daß er dabei nie einen Gewinn für sich verbuchen kann, sondern nur zu Mißerfolgen verurteilt sein wird. Seine Rede — sie ist nur eine Rede im Gegensatz zu realisierbaren Vorschlägen! — wirkt deshalb wie ein Ausweichen vor dem eigentlichen Problem. Sie wirkt, als sei sie bereits in Moskau seit einem Jahr konzipiert. Sie ist deshalb enttäuschend. Denn es sind polemische Wortspiele, wenn Molotow in diesem Zusammenhang sagt, Europa und Deutschland brauchen keine Militärverträge (EVG), sondern einen Friedensvertrag. Er unterschätzt die

Menschen in West und Ost zu sehr, wenn er glaubt, damit mehr erreichen zu können als eben ein Lächeln über ein Wortspiel.

Uns scheint, daß es Dulles sehr leicht haben wird, Molotow überzeugend zu antworten, falls er das für nötig hält. Nein, Molotow hat sich nicht brillierend von einer konstruktiven oder gar geistvollen Seite gezeigt. Seine harten Verdächtigungen und Angriffe gegen die Westmächte und gegen seine Kollegen Dulles und Bidault namentlich, verstärken nur den Eindruck seiner ungünstigen Position.

Pankows Beitrag zur Einheit

Memorandum zur Viererkonferenz

DT. Die Regierung der DDR hat der Konferenz der Außenminister am Sonnabend ein Memorandum „zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“ übermittelt. Sie tat das, wie Grotewohl in seinem Begleitbrief schreibt, weil die Konfe-

liche und demokratische Entwicklung des deutschen Volkes und steht daher mit den Prinzipien des Potsdamer Abkommens in vollem Einklang. Sie gewährleistet den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik die volle Wahrnehmung

Grundlage der Wiedervereinigung

(Fortsetzung von S. 1)

III. Aufgaben und Befugnisse der Kommission. Die Hauptaufgabe der Kommission wird es sein, sicherzustellen, daß die Wahlen in echter Freiheit und unter genauer Beachtung der Bestimmungen des Wahlgesetzes erfolgen.

2. Ausführungsmethode der obengenannten Vorbereitungen.

Die Außenminister müssen sich zunächst über die in diesem Plan enthaltenen Grundsätze einig. Sie werden dann entsprechende Anweisungen erteilen an eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Hohen Kommissaren der vier Mächte in Deutschland oder deren Vertretern, die die erforderlichen Einzelheiten ausarbeiten und einen Bericht vorlegen wird. Dieser Bericht sollte insbesondere enthalten: 1. den Entwurf des gesamtdeutschen Wahlgesetzes, 2. ausführliche Empfehlungen bezüglich der Wahlaufsicht. Die Arbeitsgruppe sollte ihre Arbeiten nicht später als zwei Wochen nach Abschluß der Berliner Konferenz aufnehmen. Sie sollte ihren Bericht den vier Regierungen nicht später als einen Monat nach Beginn ihrer Arbeit vorlegen.

II. Die Nationalversammlung

Die gesamtdeutschen Wahlen werden eine gesamtdeutsche Nationalversammlung errichten. Die erste Aufgabe dieser Versammlung wird die Vorbereitung einer Verfassung sein. In der Zeit zwischen der Beendigung der Wahlen und der vollen Kontrollübernahme durch die gesamtdeutsche Regierung wird es wünschenswert sein, daß ein Teil der Aufsichtseinrichtungen in Tätigkeit bleibt, um Handlungen nach den Wahlen zu verhindern, welche die echten freiheitlichen Verhältnisse, unter denen die Wahlen durchgeführt würden, beeinträchtigen würden. Diesbezügliche Empfehlungen sollten in den Bericht der Arbeitsgruppe aufgenommen werden.

III. Ausarbeitung der Verfassung und Errichtung einer vorläufigen gesamtdeutschen Behörde.

Die Nationalversammlung wird baldmöglichst nach ihrem ersten

Zusammentreten mit der Ausarbeitung der Verfassung beginnen. In der Zwischenzeit kann sie eine vorläufige gesamtdeutsche Behörde bilden mit der Aufgabe, die Versammlung bei der Ausarbeitung der Verfassung zu unterstützen und den Kern der künftigen gesamtdeutschen Ministerien vorzubereiten. Bei entsprechendem Beschluß der Versammlung kann die Behörde auch Verhandlungen auf einer vorbereitenden Basis mit den vier Mächten über den Friedensvertrag aufnehmen.

IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer für die Friedensvertragsverhandlungen verantwortlichen gesamtdeutschen Regierung.

Die Verfassung wird der Versammlung so bald wie möglich nach Vereinbarung des endgültigen Entwurfs vorgelegt. Sobald sie angenommen worden ist, wird eine gesamtdeutsche Regierung gebildet. Diese Regierung wird dann für die Verhandlung und den Abschluß eines Friedensvertrages verantwortlich sein. Gleichzeitig werden solche anderen Einrichtungen, die eventuell in der Verfassung vorgesehen werden, geschaffen. Sobald die gesamtdeutsche Regierung gebildet ist, wird die Nationalversammlung bestimmen, wie die Befugnisse der Bundesregierung und der deutschen Behörden in der Sowjetzone auf die gesamtdeutsche Regierung zu über-

tragen sind und wie die zwei erstgenannten aufgelöst werden sollen.

Die gesamtdeutsche Regierung soll befugt sein, die internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands zu übernehmen und andere von ihr gewünschte internationale Vereinbarungen abzuschließen.

Bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages wird jede der vier Mächte mit Bezug auf die Nationalversammlung und die gesamtdeutsche Regierung nur diejenigen ihrer Rechte ausüben, welche sich auf die Stationierung von bewaffneten Streitkräften in Deutschland und den Schutz ihrer Sicherheit, auf Berlin, auf die Wiedervereinigung Deutschlands und auf einen Friedensvertrag beziehen.

Für Beschlüsse der Nationalversammlung und der gesamtdeutschen Regierung bei der Ausführung dieses Planes wird die Genehmigung der vier Mächte nicht erforderlich sein. Solche Beschlüsse dürfen nicht abgelehnt werden, es sei denn durch Stimmenmehrheit der vier Mächte.

V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Unter den Signatar-Staaten des Vertrages sollten alle Staaten oder deren Nachfolger, die im Kriege gegen Deutschland gestanden haben, einbezogen werden. Der Vertrag sollte nach Ratifizierung durch die vier Mächte und durch Deutschland in Kraft treten.

Maßlose Furcht vor Wahlen

(Fortsetzung von S. 2)

gabe soll die Vorbereitung und Durchführung allgemeiner, freier, geheimer, demokratischer Wahlen in ganz Deutschland sein — „ohne jegliche ausländische Einmischung und Kontrolle“.

Was mit diesem Plan angestrebt wird, das ist nicht die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern die Rettung des deutschen Kommunismus aus der verzweifeltsten Lage, in die er durch freie Wahlen geraten würde. Durch Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung nach dem hier vorge-

schlagenen Muster (sozusagen einer Regierung Adenauer-Ulbricht!) wollen die kommunistischen Diktatoren der Zone sich die Möglichkeit sichern, auch in der Bundesrepublik mitzuregieren, obwohl dort die Kommunisten nach ihrer vernichtenden Niederlage in freien Wahlen völlig aus dem Parlament verjagt worden sind.

Wenn ein Weg zur deutschen Einheit mit endgültiger und absoluter Sicherheit ausgeschlossen ist, dann ist es der, den dieses kommunistische Memorandum empfiehlt. Das weiß gewiß auch Molotow.

Erfolge freier Landwirtschaft

Erträge über Vorkriegsstand — Lohnende Preise gesichert

Die Erfolge der westdeutschen Landwirtschaft seit der Währungsreform können sich sehen lassen. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung, die in der Landwirtschaft erfolgte, hat mit dem Aufstieg der westdeutschen Wirtschaft Schritt gehalten. Während sich das gesamte Nettozialprodukt in der Bundesrepublik vom Jahr 1948/49 bis 1952/53 von etwa 60 auf 100 Milliarden DM erhöhte, stieg die „Wertschöpfung“ in der Landwirtschaft (das sind: Bruttoertrag minus Zulieferungen) von 6,3 auf 10,3 Mrd. DM, d. h. ebenfalls um 66 %.

Schon 1950 ist es der westdeutschen Landwirtschaft gelungen, den Vorkriegsstand der Erzeugung zu erreichen; ein Jahr darauf war der Vorkriegsstand bereits um 11 Prozent überschritten. Die Ernte des letzten Jahres zählt zu den Rekorderten in Deutschland überhaupt.

Die Bruttoerlöse der westdeutschen Landwirtschaft betrugen im Jahre 1952/53 etwa 15,7 Mrd. DM. Mehr als zwei Drittel des westdeutschen Nahrungsmittelbedarfs kann bereits wieder durch sie gedeckt werden. Der Importbedarf an Weizen und Zucker wird in diesem Jahr erheblich geringer sein als bisher.

Der wachsende Wohlstand in der Bundesrepublik hat eine Umschichtung der Ernährung eingeleitet. Der Fettverbrauch liegt über der Vorkriegszeit; bei Brot, Kartoffeln und Nahrungsmitteln ist der Bedarf im Sinken, die Nachfrage nach Obst, Gemüse und Fleisch dagegen wächst (41 kg je Kopf Fleischverbrauch).

Es ist der Leistung der westdeutschen Landwirtschaft zu verdanken, daß sich der Anteil der Nahrungseinfuhr mit nur noch 29 Prozent der Gesamtimporte den Verhältnissen der Vorkriegszeit wieder nähert, obwohl auf dem engeren westdeutschen Raum über zehn Millionen Vertriebene und Flüchtlinge miternährt werden müssen.

Selbstverständlich hat auch die westdeutsche Landwirtschaft Wünsche, die noch nicht in Erfüllung gegangen sind. Immerhin wurden ihre Anstrengungen durch „Marktgesetze“ vor starken Preiseinbrüchen geschützt. Die Erzeugerpreise von Agrarprodukten sind im Durchschnitt seit 1951 auf durchschnittlich der doppelten Vorkriegshöhe stabilisiert, wobei es

im einzelnen, insbesondere bei Fleisch, stärkere Fluktuationen gab. Der westdeutsche Index der industriellen Erzeugerpreise ist mit etwa 217 (1938 = 100) allerdings etwas höher als der landwirtschaftliche Preisindex (197); dafür steht aber der Index der Einzelpreise, dessen Höhe für den Haushaltsbedarf auch der Landwirte von Bedeutung ist, mit 177 (1938 = 100) beträchtlich unter dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die den Erlös bestimmen. Bei diesen Vergleichen ist nicht zu übersehen, daß sie auf das Jahr 1938 zurückgehen, also auf Verhältnisse, die durch die Reichsnährstaatspolitik bestimmt waren. Im ganzen dürfte auch die westdeutsche Landwirtschaft etwa den Lebensstandard von 1938 wieder erreicht haben.

Der Volkswirt muß die Anerkennung aussprechen, daß die meisten westdeutschen Landwirte durch höheren Düngeraufwand, eine Vervielfachung des Traktoreinsatzes, durch Neuinvestitionen (etwa 1,1 Mrd. allein im letzten Jahr) eine gewaltige Leistung mit weniger Kräften als früher vollbracht haben, die sich in Erträgen je ha dokumentiert, die z. T. beträchtlich höher sind als in der Vorkriegszeit.

Dadurch ist die Produktivität in der Landwirtschaft, d. h. die

Erzeugung je Beschäftigter seit der Währungsreform um 52 Prozent erhöht worden; selbst in der Industrie ist mit 41 Prozent im gleichen Zeitraum nicht ganz so viel erreicht worden. Aus der Wertschöpfung in der westdeutschen Landwirtschaft von 10,3 Milliarden, so hat das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geschätzt, wurden etwa 2,2 Mrd. DM an Löhnen (einschließl. Sozialbeiträgen) für die Landerbeiter ausgeworfen, 0,3 Milliarden an Schuldzinsen bezahlt, so daß ein geldwerter Eigenverbrauch im Werte von 3,7 Mrd. sowie ein sonstiges Einkommen der selbständigen Landwirte von 4,1 Mrd. DM als „Entlohnung“ zu verrechnen ist.

Das große Fernziel bleibt die Flurbereinigung und die weitere Rationalisierung der Betriebe; nahezu die Hälfte der westdeutschen Ackerfläche ist noch „umlegebedürftig“. Von der Flurbereinigung wird im Laufe der Zeit nochmals eine Ertragssteigerung von 30 Prozent erwartet.

Schwierig ist es auch, die agrarischen Einfuhrwünsche der Abnehmer von westdeutschen Industrieprodukten auf die Notwendigkeiten eines landwirtschaftlichen Marktschutzes abzustimmen. Aber die westdeutsche Landwirtschaft hat noch einen großen Rationalisierungsspielraum, den sie nutzen muß, damit sie mit anderen Landwirten in Europa immer mehr wettbewerbsfähig wird. Eine europäische Agrarunion ist ein realistisches Fernziel. Die Bundesregierung und die Länder werden hier zu helfen haben und in der Übergangszeit versuchen müssen, zwischen dem Interesse des Verbrauchers an preiswerten Nahrungsmitteln und dem Wunsch der Landwirte nach Marktschutz einen gerechten Ausgleich zu finden.

Geheimbündel der FDJ

Uelzen (AP). Gegen 15 Angehörige der illegalen FDJ in Uelzen hat vor einer Strafkammer des Landgerichts Lüneburg ein Prozeß wegen Geheimbündel begonnen.

Solidaritätsaktion

Berlin (AP). Die Solidaritätsaktion der Deutschen Studentenschaft hat bisher über 70 000 DM erbracht.

5000 verurteilte Deutsche in der CSR

Maulbronn (DPA). Der ehemalige Bezirkshauptmann Wilhelm Hübner aus Reichenberg im Sudetenland teilte mit, daß noch 5000 gefangene Deutsche in der Tschechoslowakei auf die von der Prager Regierung angekündigte Generalamnestie warteten.

Verhaftet, geflüchtet, abserviert...

Grotewohls „Musterparlament“ — Ein Verhandlungspartner?

Die kommunistische Presse bemüht sich seit langem, ihre „Volkskammer“ als musterhaftes Beispiel für eine deutsche Volksvertretung hinzustellen. Eines der wohl historisch merkwürdigsten Parlamente soll damit salonfähig gemacht werden für gesamtdeutsche Verhandlungen unter dem Motto „Deutsche an einen Tisch“. Aber niemand kann und will mit einem „Parlament“ verhandeln, das ohne Wahl lediglich durch Parteibeschluss zusammengerufen wurde und aus dessen Mitte sich der SSD noch heute Abgeordnete ohne Aufhebung ihrer Immunität herausholt. Innerhalb von drei Jahren sind aus der Volkskammer nicht weniger als sieben Vertreter verhaftet worden, 13 flüchteten und 38 verloren von einem Tag auf den anderen ihr Mandat.

Die „Abgeordneten“ aus der Osterliner Luisenstraße haben bis heute jedes Gesetz einstimmig und ohne echte Diskussion beschlossen, jeder Resolution zugestimmt und jede Maßnahme gebilligt, selbst wenn sie — wie beim „Gesetz zum Schutz des Friedens“ — einer Liquidierung der Verfassung gleichzusetzen war.

Organ der Klassenherrschaft

Die Volkskammer ist weder aus der laut Verfassung vorgeschriebenen Wahl hervorgegangen noch nimmt sie die ihr laut Verfassung zugesicherte Stellung ein. Ihre Zusammensetzung entspricht weder den Grundsätzen der einst laut verkündeten „Blockpolitik“ noch dem Stärkeverhältnis der Parteien.

Zählt man die von den Massenorganisationen geschickten Abgeordneten, die der SED angehören, mit denen der Staatspartei zusammen, ergibt sich, daß nahezu 80 Prozent der Volkskammer-Vertreter Besitzer des SED-Parteibuches sind. Die übrigen sind erst nach genauer politischer Überprüfung zugelassen worden.

Die Volkskammer zählt 400 Abgeordnete der Zone und 65 Vertreter Osterlins, aber Gesetze werden vom Plenum des Zentralkomitees der SED beschlossen, von den Regierungsstellen ausgearbeitet und formuliert und als Tatsache der Volkskammer unterbreitet.

Darüber hinaus fällt ihr die Aufgabe zu, bestimmten politischen Kampagnen und SED-Aktionen einen offiziellen Anstrich zu geben, oder diese Kampagnen mit der Verfassung

in Einklang zu bringen. Als die SED Friedensschalmeien blies, hatte die Volkskammer in öffentlicher Sitzung jeglichen Militarismus zu verdammen. Ein halbes Jahr danach, als in der Zone Kasernen wie Pilze aus der Erde schossen, rief die Volkskammer feierlich „das ganze deutsche Volk“ zur patriotischen Verteidigung der Heimat auf.

Als Moskau die SED im September 1952 aus taktischen Gründen etwas in den Hintergrund schob, wurde die Volkskammer vorgeschickt: Sie entsandte eine Delegation nach Bonn, um vorzuschlagen: Vertreter der Volkskammer sollten an bestimmten Sitzungen des Bundestages teilnehmen dürfen, wogegen man Bundestagsabgeordneten das gleiche Recht in der Luisenstraße einräumen wolle. Die Bundestagsabgeordneten haben darauf verzichtet. Einer von denen, die die Vorschläge überbrachten, ein Minister namens Hamann, sitzt heute als Beweis östlicher Parlamentsfreiheit beim MWD in Lichtenberg.

Liquidierte Verfassung

Auf dem Papier ist die sowjetzonale Verfassung absolut demokratisch. Aber sie ist nie demokratisch angewendet, sondern auf kaltem Wege in allen Punkten liquidiert worden.

Es gibt heute weder die Gleichheit vor dem Gesetz, weder Redefreiheit noch Schutz der Wohnung oder des Eigentums; die sozialen Garantien wurden über Bord geworfen, die Verantwortlichkeit der Staatsorgane, namentlich der Justiz, gegenüber dem Bürger

wurde aufgehoben. Es gibt keine Gewaltentrennung, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze kann nur durch Volkskammerausschüsse nachgeprüft werden, die niemand zu solchem Zweck zusammenzurufen wagt.

Es gibt keine Selbstverwaltung, der durch die Partei verkörperte Staat bestimmt die kleinsten Belange des letzten Dorfes. Alle Artikel der Verfassung, die die Herrschaft der Partei zu beeinträchtigen geeignet sind, wurden ohne Verfassungsänderung kassiert. Das letzte und dümmste Argument des SED-Staates: „Unsere Verfassung gilt für das Volk, aber nicht für Volksfeinde!“

Die Volkskammer, die heute „gesamtdeutsch“ verhandeln will, ist nur Fassade. Worüber wollen ihre Vertreter verhandeln. Ihre Abgeordneten haben wichtige Regierungsentscheidungen oftmals erst aus der Morgenzeitung erfahren.

Sieben Abgeordnete wurden verhaftet, keiner ihrer Kollegen hat nach ihnen geforscht. 13 flüchteten, ihre Flucht wurde nie bekanntgegeben. 38 erhielten schriftlichen Bescheid, daß sie nicht mehr zugelassen seien. Die Kammer hat darüber nie entschieden. Neun sind gestorben. Von 67 leeren Sitzen wurden 33 mit 29 SED-Mitgliedern und vier anderen Abgeordneten besetzt. 32 Gesetze wurden einstimmig angenommen, davon 24 ohne jede Aussprache. 19 Gesetze wurden nicht einmal zur Debatte an die längst überflüssige, aber verfassungsmäßig bestehende Länderkammer weitergereicht.

Eine Umfrage unter Sowjetzonenflüchtlings ergab kürzlich, daß 70 Prozent überhaupt keine Einzelheiten über die Volkskammer kannten und nur etwa sechs Prozent deren gelegentliche Diskussionen in der Zeitung gelesen hatten. Dagegen konnten fast 80 Prozent genauere Angaben über den Bonner Bundestag machen und über 50 Prozent hatten am westlichen Rundfunk die Debatten des Bundestags verfolgt.

Forschungsbeirat spioniert nicht

Erklärung des gesamtdeutschen Ministeriums

Berlin (Eigenmeldung). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gibt bekannt:

„In der Sowjetzonenpresse ist der Forschungsbeirat verschiedentlich beschuldigt worden, eine ‚Agenten- und Spionagezentrale‘ zu sein. Einer ADN-Meldung zufolge soll kürzlich sogar das Bezirksgericht Gera einen gewissen Hellmuth Guetner wegen angeblicher Spionagetätigkeit für den Forschungsbeirat zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt haben. Wenn das Urteil tatsächlich

hierauf gestützt sein sollte, so ist es ein Fehlurteil. Der Forschungsbeirat betreibt keine Spionage und beschäftigt keinerlei Agenten. In seiner Sitzung vom 25./26. Januar beschloß der Forschungsbeirat, dies ausdrücklich vor der Öffentlichkeit festzustellen.

Aufgabe des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands ist es, die sich bei der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands ergebenden wirtschaftlichen Probleme zu studieren

und Vorschläge für ihre Lösung sowie für eine möglichst weitgehende Ausschaltung aller bei einer Wiedervereinigung etwa auftretenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu machen. Seine Arbeiten beruhen auf den wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen und den praktischen Erfahrungen seiner Mitglieder, nicht aber auf Nachrichten von Spionen und Agenten.“

Wie das Bundesministerium weiter mitteilt, hat der Forschungsbeirat auf seiner Sitzung in Königswinter in Gegenwart des Bundesministers Jakob Kaiser den Tätigkeitsbericht für die Jahre 1952/53 beraten und zur Vorlage an die Bundesregierung verabschiedet.

Der Forschungsbeirat beschäftigte sich außerdem während der Arbeitstagung mit der augenblicklichen Lage der Landwirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone und der auf Grund der Ernteergebnisse von 1953 erstellten Ernährungsbilanz.

Ostberlin in Köln abgeblitzt

Köln (DPA). Herbert Fechner, der Stellvertreter des Ostberliner Verwaltungsleiters Friedrich Ebert, hat den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Schwing, aufgesucht und den Wunsch geäußert, ein „freundschaftliches Gespräch“ mit Köln anzuknüpfen. Die Stadt Köln teilte dazu mit, daß der Besucher als stellvertretender Bürgermeister von Berlin angemeldet worden sei. Oberbürgermeister Schwing sei bei der telefonischen Anmeldung als Vizepräsident des Städtetages angesprochen worden. Er habe daher annehmen müssen, daß ein Vertreter des Westberliner Regierenden Bürgermeisters mit dem Präsidium des Deutschen Städtetages über die endgültige Nachfolge des verstorbenen Bürgermeisters Ernst Reuter habe sprechen wollen. Als Schwing seinen Irrtum erkannte, habe er die Unterredung abgebrochen und erklärt, ein Gespräch sei so lange

zwecklos, wie von Freiheit der Person und der Meinungsäußerung in Ostberlin und in der Sowjetzone keine Rede sein könne. Nach fünf Minuten habe die Abordnung das Rathaus wieder verlassen.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, Zuträgerdienste für die sogenannten staatlichen Sicherheitsorgane zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Fiedler, Ernst, etwa 55 Jahre alt, wohnhaft in Bielefeld in Sachsen-Anhalt, Mitgl. d. SED, Postangestellter. Ist der Tätigkeit im Dienste der NKWD/MWD und der Denunziation verdächtig.

2. Gieloff, etwa 26 Jahre alt, wohnhaft in Fehrbellin Kreis Osthavelland in Brandenburg, Mitgl. d. FDJ, tätig in der Bastfaserfabrik. Ist verdächtig, dem Staatssicherheitsdienst Informationen zu geben.

3. Gieske, Karl, etwa 60 Jahre alt, wohnhaft in Stangerode Kreis Eisleben in Sachsen-Anhalt, Mitgl. d. KPD/SED und SED-Funktionär. Ist verdächtig, dem Staatssicherheitsdienst Informationen zu geben.

4. Gielow, Charlotte, etwa 53 Jahre alt, wohnhaft in Garz Kreis Rügen in Mecklenburg, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionärin, tätig gewesen bei der SVK und danach bei der Stadt-

verwaltung. Sie ist verdächtig der Denunziation.

5. Gommoll, Willi, etwa 40 Jahre alt, wohnhaft in Fürstenberg an d. Oder, Fellerstr. 69, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionär gewesen, tätig als Schlosser. Ist verdächtig, die Tätigkeit d. sogenannten Sicherheitsorgane zu unterstützen.

6. Grimm, Günter, etwa 27 Jahre alt, wohnhaft in Dömitz Kr. Ludwigslust in Mecklenburg, Fröbelstr., Mitgl. der SED u. SED-Funktionär, Postangestellter. Ist verdächtig, mit dem Staatssicherheitsdienst zusammenzuarbeiten.

7. Häberer, Bruno, etwa 25 Jahre alt, wohnhaft in Mutzschen Kr. Grimma-Wurzen in Sachsen, Bahnhofstr., Mitgl. d. FDJ und d. SED und FDJ- und SED-Funktionär. Ist verdächtig der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst und der Denunziation.

Nach Neuerermethode repariert

Berlin (Eigenmeldung). Drei kürzlich auf „volkeigenen“ Werften der Sowjetzone reparierte Sowjetdampfer mußten auf Werften in Leningrad bereits wieder überholt werden. Ein weiteres Schiff, welches von Rostock nach der UdSSR unterwegs war, mußte bereits in Libau ins Dock gehen.

Nur flüstern...

Die Prüfung

Bei einer politischen Prüfung wandte sich der SED-Vorsitzende an den Genossen Müller: „Nenne uns ein gutes Beispiel von revolutionärer Kritik, Genosse.“

„Herr Meyer ist ein unzuverlässiger, hinterlistiger, reaktionärer Imperialist, weil er aus der DDR geflohen ist.“

„Ausgezeichnet, Kannst Du uns jetzt auch noch ein Beispiel von scharfer Selbstkritik geben?“

„Oh ja. Ich dagegen bin ein hoffnungsloser Dummkopf, weil ich es nicht tat.“

Materialmangel

Ulbricht, Pieck und Grotewohl sitzen mit sorgenvoll gefurchter Stirn zusammen. Sie überlegen, was sie tun sollen, wenn es zu freien Wahlen kommt und sie nichts mehr zu sagen haben.

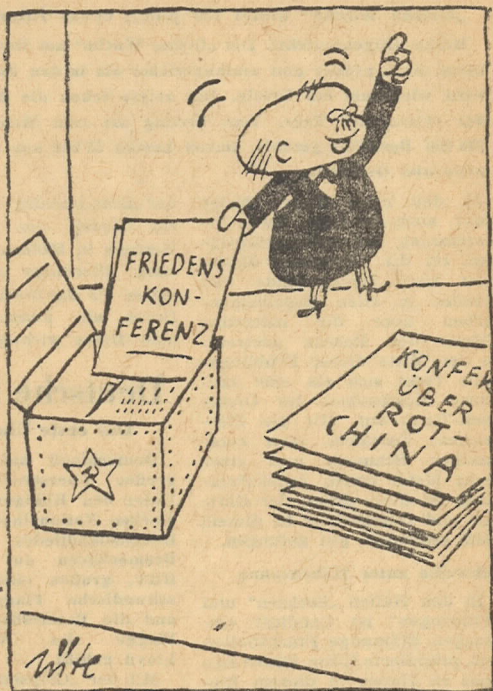
„Die Bevölkerung wird uns aufhängen!“ jammern Grotewohl und Pieck.

Lächelt Ulbricht überlegen: „Genossen — das ist ganz unsinnig! Schließlich haben wir doch vorgesorgt. Wenn es nur noch einige Zeit dauert mit der Wahl, gibt es in der gesamten Sowjetzone keinen einzigen Strick mehr, der hält.“



„Die vier Außenminister stellen sich bei 15 Grad minus dem Fotografen!“

Der neue Vorschlag:



„Noch 'ne Konferenz“

Einmaleins und Ideologie

An der Tatsache, daß beispielsweise zwei mal zwei vier ist, kann auch die Ideologie nichts ändern. — Meint man. Hier jedoch soll nun auch grundlegender Wandel geschaffen werden. Es geht nicht an, daß eine Wissenschaft, wie z. B. die Mathematik, die neuesten Errungenschaften des dialektischen und historischen Materialismus unberücksichtigt läßt. Diese Forderung hatte der inzwischen verstorbene ideologiegewaltige Scharnow erhoben. Und sie dient jetzt als Torpedo gegen eine in der Sowjetzone erschienene Geschichte der Mathematik, über die ein heftiger Streit vom Zaune gebrochen wurde. (Franz von Kreber: „Eingefangenes Unendlich — zur Geschichte der Mathematik“.)

Dem Verfasser wirft man vor, eben jene Errungenschaften nicht berücksichtigt zu haben, „denn auch die kompliziertesten mathematischen Abstraktionen haben ihre Quelle in der Praxis menschlicher Produktionen“. So kann „die Besonderheit der griechischen Mathematik nur aus den sozialen Verhältnissen der Sklavenhaltergesellschaft erklärt werden.“

Außerdem hat Kreber den ganz und gar unangehörigen Versuch gemacht, „den Geist der Ägypter einzufangen“, anstatt ihre „gesellschaftlichen Bedingungen zu suchen“.

Ein Karussell für die Kühe

„Grüne Woche“ bietet für jeden etwas Interessantes

Berlin (Eigenbericht). Die „Grüne Woche“ am Berliner Funkturm, noch größer und umfangreicher als in den Jahren zuvor, wird wiederum ein Erfolg. Das zeigte schon die Besucherzahl der ersten vier Tage. Vom Freitag bis zum Montag wurden 136 000 Besucher gezählt. Davon kamen 55 000 aus der Sowjetzone und Ostberlin.

In den neun Hallen findet jeder, auch der Laie, etwas Interessantes. Am farbenprächtigsten ist die „Pommern“-Halle. Dort sind Zehntausende von Blumen in allen Regenbogenfarben über die sattgrüne Fläche des Rasens gestreut. In der Mitte dieser Frühlingshalle reckt sich als eine exotische Kostbarkeit der Orchideen-Turm auf. Mit den Ziersteinen, Fontänen, dem keramischen Schmuck und einer sechs Meter hohen Apfel-Pyramide ist diese Schau der Gärtner und Obstzüchter in diesem Jahr besonders gut gelungen.

Schweine unter Höhensonne

In den Hallen „Sachsen“ und „Thüringen“ ist Landluft eingezogen. Stämmige Prachtbullen und prämierte Kühe fühlen sich ganz zu Hause in diesem Riesenstall. Die Schweine stehen unter Infrarot-Strahlen und Höhensonnen und rennen in den blitzsauberen Boxen hin und her. Geflügel, Kaninchen, Schafe und Pelztier sowie Bienen sind ebenfalls mustergültig untergebracht.

Für den Fachmann interessant ist der Karussell-Stall für die Kühe. Hier stehen die Tiere nicht nebeneinander, sondern mit den Köpfen nach der Mitte an einem rotierenden Futtertisch.

Blick ins menschliche Herz

In einer Sonderschau „Gesundheit und Ernährung“ in

der „Brandenburg“-Halle schlägt ein Modell des menschlichen Herzens in 500facher Vergrößerung, allerdings viermal langsamer als das menschliche Herz. Durch ein Fensterchen kann man dieses wichtige Organ bis

in die Herzkammern hinein beobachten.

Mit Eiffelturm und Windmühle

Eine internationale Note erhält die traditionelle Landwirtschaftsschau erstmalig seit der 1926 erfolgten Einführung der „Grünen Woche Berlin“ durch die Beteiligung Frankreichs, Hollands und der USA. Die Franzosen haben einen Eiffelturm in miniature aufgebaut, die Holländer setzten eine lustige Windmühle auf eine Obst- und Kohl-Pyramide. Im Marshall-Haus vermittelt die Grünlandschau einen Einblick in die moderne Landwirtschaft der USA.

Deutsche Flagge über „Gripsholm“

Das erste Übersee-Fahrgastschiff – Später „Berlin“

Deutschland hat wieder ein großes Übersee-Fahrgastschiff. Unter den Klängen der schwedischen Nationalhymne und des Deutschlandliedes wurden in Bremerhaven auf der 19 000 BRT. großen „Gripsholm“ die schwedische Flagge eingeholt und die Bundesflagge und die Flagge des Norddeutschen Lloyd gehißt.

Mit der „Gripsholm“, die bisher für die Svenska America Line fuhr, nimmt der Norddeutsche Lloyd nach 14jähriger Unterbrechung wieder seinen regelmäßigen Passagierdienst nach Amerika auf.

Der Bundesverkehrsminister äußerte seine Freude darüber, daß das Schiff, das in diesem Jahr noch seinen bisherigen Namen behalten soll, später in „Berlin“ umgetauft wird.

Böhmische Schlösser verfallen

Berlin (hvp). Von den insgesamt 718 Schlössern, die es in Böhmen und Mähren gibt, sind 170 teilweise verfallen oder

so reparaturbedürftig, daß in ihnen höchstens einige Personen Unterkunft finden können. Von den übrigen 578 wurden 239 von der Kommunistischen Partei der CSR als Schulungsburgen beschlagnahmt oder als Erholungsheime für Funktionäre verwendet. 206 Schlösser nahm die tschechische Wehrmacht in Besitz. 53 Schlösser wurden, wie es heißt, „zur Benutzung durch das Volk freigegeben“, 23 werden vom Roten Kreuz verwaltet. 17 Schlösser wurden zu KZ-Lagern, elf sind Altersheime und neun wurden als Museen eingerichtet.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfsplatz gezeigt:

Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.